



taz.die tageszeitung vom 23.01.2021, Seite 4 / Schwerpunkt

## Der Blender

Der neue CDU-Chef Armin Laschet gilt als liberal und merkelnah. Ist er der ideale Partner für die Grünen?  
Wer sich seine Bilanz in NRW anschaut,  
bekommt einen anderen Eindruck. Sechs Beispiele  
Von **Andreas Wyputta**

**1 Autobahnen statt Fahrradstraßen:** Armin Laschet und sein Verkehrsminister Hendrik Wüst wissen um die Macht schöner Bilder - und taufen deshalb gern Schnellzüge. Ein "[richtig geiles Gerät](#)" sei der ICE, sagte Wüst bei einer ebenjener Taufen im Oktober 2020. Wüst wird als möglicher Nachfolger Laschets als Ministerpräsident gehandelt.

Tatsächlich ließ der Bahn-Infrastrukturvorstand Ronald Pofalla 2020 satte 1,5 Milliarden Euro für das marode NRW-Schiennetz springen - doch die stammen nicht aus Laschets NRW-Haushalt, sondern aus dem Klimapaket der Bundesregierung.

Geld aus NRW fließt eher in den Straßenverkehr, der für rund ein Fünftel aller Kohlendioxid-Emission der Bundesrepublik verantwortlich ist: Für 1,65 Milliarden Euro wurden 2020 Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen gebaut - eine Steigerung von 30 Prozent seit 2017, als Laschet die Landesregierung von Rot-Grün übernahm.

Für das Fahrrad gibt es dagegen nur Peanuts: Gerade einmal 54 Millionen Euro sind 2021 für den Bau von Radwegen vorgesehen. Selbst Prestigeprojekte wie Deutschlands erster Radschnellweg, der RS 1 von Duisburg nach Dortmund, kommen deshalb nicht voran. Das angekündigte Radschnellwege-Netz bleibt ein schöner Traum. "Kein Autofahrer würde es akzeptieren, wenn Autobahnen in dem Tempo gebaut oder repariert würden", [klagt Thomas Semmelmann, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs ADFC](#). "Wer Straßen sät, wird Staus ernten", warnt auch Arndt Klocke, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen im Düsseldorfer Landtag.

**2 Clan-Kriminalität - nur außerhalb der Polizei:** Kein Kabinettskollege ist für Armin Laschet wichtiger als Innenminister Herbert Reul: Der gelernte Lehrer und langjährige Europaabgeordnete soll die rechte Flanke der CDU abdecken und die AfD kleinhalten. Im Landtagswahlkampf 2017 hat Laschet mit einer Null-Toleranz-Politik gegenüber Kriminellen gepunktet - und die rot-grüne Vorgängerregierung der ehemaligen SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft etwa für hohe Einbruchszahlen verantwortlich gemacht. [Tatsächlich konnten die massiv gesenkt werden](#). Grund dafür ist aber auch Corona: Im März und April 2020 sank die Zahl der aufgebrochenen Wohnungen im Vergleich zu 2019 um fast 40 Prozent. Wenn alle zu Hause sitzen, sind Einbrüche auch einfach zu riskant.

Rücksichtslos präsentiert sich der eigentlich als liberal geltende Reul in der Integrationspolitik: Der 68-Jährige hat den Begriff "Clankriminalität" erfunden - und zielt damit auf Familien mit Migrationshintergrund, bei denen es verbreitet sei, das Gewaltmonopol des Staates in Frage zu stellen. Damit bedient Reul natürlich das unter Rechten und Rechtsextremen verbreitete Klischee des "kriminellen Ausländers" - [doch das scheint ihm ebenso egal zu sein wie Laschet, der einmal der erste Integrationsminister Deutschlands war](#).

Bei der Polizei ignorierte Reul Kriminalität dagegen lange - und war umso überraschter, als im September rechtsextreme Beamte aus Essen für einen Skandal sorgten: In ihren Chatgruppen fanden sich Hakenkreuze, Hitlerbilder, Darstellungen eines Geflüchteten in einer Gaskammer.

Reul sprach von "widerwärtigster Hetze" - und versprach im typischen Hardliner-Stil schonungslose Aufklärung. Mit dem Vorwurf, rechtsextreme Tendenzen in der eigenen Polizei unterschätzt zu haben, werden Reul und sein Ministerpräsident Laschet trotzdem leben müssen - nicht ohne Grund fordern prominente Grüne wie [Cem Özdemir schon heute: In einer schwarz-grünen Bundesregierung muss das Innenministerium an die Grünen](#) gehen.

**3 Wildschweine, Füchse, Enten? Feuer frei!** Laschets Kabinett hat in Rekordzeit das tierfreundliche Jagdgesetz des ehemaligen grünen Umweltministers Johannes Remmel entschärft: Wildschweine dürfen damit wieder ganzjährig und Füchse auch in ihren Bauen gejagt werden. Die Jagdzeit auf Rabenkrähen wurde verlängert, der Vollschutz der Wildschneepfe beendet. Zur Hundeausbildung dürfen Enten flugunfähig gemacht werden, damit sie nicht fliehen können. Eine "besondere Schießfähigkeit" müssen Jäger:innen nicht mehr besitzen - es reicht ein "Schießübungsnachweis". Entsprechend hart war das Urteil der Opposition von SPD und Grünen: Ein "tierschutzpolitischem Armutszeugnis", ein "Kniefall vor der Jäger-Lobby" sei das schwarz-gelbe Gesetz, [erklärte der Umweltparte der grünen Landtagsfraktion, Norwich Rüße](#).

**4 Der Bergmannssohn mag Kohle:** Mit massiver Polizeigewalt ließ Laschets CDU-Innenminister Herbert Reul 2018 den Hambacher Wald räumen. Als Vorwand dafür diente der fehlende Brandschutz in den Baumhäusern der Klimaschützer:innen. Die protestierten mit der Waldbesetzung gegen den 85 Quadratkilometer großen Tagebau Hambach, in dem der Essener RWE-Konzern jedes Jahr 40 Millionen Tonnen Braunkohle fördert. ["Ich wollt' den Wald räumen"](#), gab Laschet unumwunden zu.

Zwei Jahre und einen "Kohlekompromiss" später ist Laschet selbst Klimaschützer. Nirgendwo würden so viele Kohlekraftwerke so schnell abgeschaltet, sagte er. Doch dass NRW mit dem rheinischen Revier und dem 2018 beendeten Bergbau im Ruhrgebiet das Kohleland Nummer eins Deutschlands war, erwähnt Laschet nicht. Auch dass viele alte Kohlekraftwerke im Vergleich zu alternativen **Energieträgern** nicht mehr konkurrenzfähig sind und Konzerne wie RWE bei der Bundesnetzagentur Schlange standen, um [Abschaltprämien](#) zu kassieren, ist dem Bergmannssohn keine Rede wert.

Im rheinischen Revier soll bis 2038 weiter gebaggert werden. Zwar wird ein Teil des Hambacher Walds erhalten - doch für den 30 Kilometer entfernten Tagebau Garzweiler sollen die Dörfer Keyenberg, Kuckum, Berverath, Ober- und Unterwestrich dem Erdboden gleichgemacht werden.

[Verheizt](#) wird so die Heimat ihrer Bewohner:innen, zerstört wird eine jahrhundertealte Kulturlandschaft. Die "Devastierung" der Ortschaft Lützerath läuft gerade. Die Klimaschutzaktivistin [Luisa Neubauer von Fridays for Future](#) kritisiert: "Laschet lässt Dörfer für den Klimakiller Braunkohle zerstören."

**5 Lieber Wasserstoff als Windräder:** Als grünes Feigenblatt hat Laschets FDP-Wirtschafts- und **Energieminister** Andreas Pinkwart Wasserstoff entdeckt. Ein Viertel der klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen Nordrhein-Westfalens könnten damit eingespart werden, erklärte er bei der Vorstellung einer Wasserstoff-Roadmap im November. 130.000 neue Arbeitsplätze könnten so entstehen, hofft Pinkwart - selbst Stahlproduzenten wie Thyssenkrupp, die bisher von Kohle abhängig waren, setzen auf [Wasserstoff](#).

Doch dass der zu 90 Prozent importiert werden müsste, weiß Pinkwart. Unklar ist außerdem, ob jemals genug **erneuerbare Energie** vorhanden sein wird, um ausreichend klimaneutralen "grünen" Wasserstoff zu produzieren - oder ob der durch Verbrennung von Erdgas oder gar aus Atomstrom hergestellt werden soll.

Fatal ist deshalb die Blockade der Windkraft, die CDU und FDP seit Jahrzehnten zelebrieren. Neue Windräder werden in NRW künftig nur noch dann genehmigt, [windenergie-abstand-nrw-macht-ernst-mit-1000-meter/">wenn selbst zersplitterte Kleinstsiedlungen mindestens 1.000 Meter entfernt sind](#) - zuvor galt sogar ein Mindestabstand von 1.500 Metern. Die Zahl der für die Windkraft nutzbaren Neubau-Standorte sinkt damit massiv.

"Blanker Zynismus" sei das, kritisiert die **energiepolitische** Sprecherin der Grünen im Landtag, Wibke Brems. Mit dem im Dezember vorgestellten neuen Klimaschutzgesetz werde NRW die Pariser Klimaziele lange nicht einhalten können, sagt die Grüne. Der Entwurf von Laschets Landesregierung sei ["überholt, unzureichend und ambitionslos"](#).

**6 Lieber Beton als Bäume:** 18 Fußballfelder werden in NRW jeden Tag zubetoniert, viele Tier- und Pflanzenarten sind bedroht. Die Umweltverbände BUND, Nabu und LNU halten mit einer ["Volksinitiative Artenschutz"](#) dagegen, fordern ein Ende des Flächenfraßes, mehr Schutzgebiete, naturnahe Wälder, weniger Dünger und Pestizide in der Landwirtschaft.

Eine Umsetzung aber ist nicht in Sicht: Immer, "wenn es weh tut", tauche CDU-Landesumweltministerin Ursula Heinen-Esser ab, klagte der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht schon Ende 2019 [bei der Vorstellung seiner Halbjahresbilanz der Regierung Laschet](#).



*Armin Laschet bei einer ICE-Taufe im Februar 2020 - wie fortschrittlich ist seine Verkehrspolitik wirklich? Klaus Schmidt/imago*

*Andreas Wyputta*

<b>Quelle:</b>	taz.die tageszeitung vom 23.01.2021, Seite 4
<b>Dokumentnummer:</b>	T20212301.5743791

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/TAZ\\_3478b605e7aaf172985c0398b52fc5636479c95d](https://www.wiso-net.de/document/TAZ_3478b605e7aaf172985c0398b52fc5636479c95d)

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

**GENIOS** © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH